



Interaktionspreis: Seite 20. ... u. 20 % Aufschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen ohne Aufschlag. ...

# Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

121 • Ausgabe A Nr. 61  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 121  
Sonntag, 13. März 1921  
50. Jahrgang

## Briand und die Annegionspolitiker.

### Briands Hoffnung auf die Wirkung der Strafmaßnahmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 12. März.  
Über die Mitteilungen, die Briand bei seiner Rückkehr den Vertretern der französischen Presse gegenüber machte, ist noch verschiedenes nachzutragen. Briand sagte: „Besonderen Dank gebührt unserem Freunde Lloyd George, der von Anfang an die französische Auffassung geteilt und unterstützt hat. Die Situation ist immer kritischer für Deutschland, und es wird sich also entscheiden müssen, annehmbare Vorschläge zu machen. Ich habe dafür gefürchtet, daß die Sanctionen, die sich auf alle Verträge Deutschlands gegen seine Verpflichtungen beziehen, dazu helfen, daß unsere Ansprüche befriedigt werden. Wie ist unsere Position härter gewesen als jetzt. Dennoch frage man mich, was ich eigentlich in der gewissen Nacht zu wünschen habe und drei Tage morgen geheimnisvoll verhandelt habe, als Botschafter zwischen, warum ich überhaupt verhandelt habe. Natürlich, es wäre leichter gewesen, zu brechen. Dazu hätten wir aber nicht erst nach London zu gehen brauchen. Ich mußte aber unsere Freunde in England beweisen, daß die Deutschen nicht aufrichtig sind. Das habe ich getan, und nun kann die Kammer urteilen.“

in seinem Lande nicht anders handeln. Ich muß allerdings hinzufügen, daß Dr. Simons selbst dazu beigetragen hat, die politische Stimmung zu schaffen, die ihm dann die Hände band. Es werden einige Tage kommen, in denen sich die schlechte Laune Deutschlands (!) erst einmal Luft machen muß. Dann aber folgt die Heberlegung. Wir haben die Kohlenlieferung in der Hand. Wir sind ein paar Schritte von Wien entfernt. Die Situation ist immer kritischer für Deutschland, und es wird sich also entscheiden müssen, annehmbare Vorschläge zu machen. Ich habe dafür gefürchtet, daß die Sanctionen, die sich auf alle Verträge Deutschlands gegen seine Verpflichtungen beziehen, dazu helfen, daß unsere Ansprüche befriedigt werden. Wie ist unsere Position härter gewesen als jetzt. Dennoch frage man mich, was ich eigentlich in der gewissen Nacht zu wünschen habe und drei Tage morgen geheimnisvoll verhandelt habe, als Botschafter zwischen, warum ich überhaupt verhandelt habe. Natürlich, es wäre leichter gewesen, zu brechen. Dazu hätten wir aber nicht erst nach London zu gehen brauchen. Ich mußte aber unsere Freunde in England beweisen, daß die Deutschen nicht aufrichtig sind. Das habe ich getan, und nun kann die Kammer urteilen.“

Guthane Gerbe erklärt in der „Vieoire“, daß zwar kein Franzose von Bedeutung daran denke, das Rheinland zu annektieren, daß aber die Abtrennung des Rheinlandes von Frankreich und die Errichtung einer selbständigen christlichen Republik, die auch das Ruhrgebiet umfassen könnte, ein sehr schöner Plan sei, der vielleicht auch Lloyd George einleuchten würde. Der neue Pufferstaat würde bei Deutschland bleiben, aber ebenso wie Bayern und Württemberg autonom sein. Dieser Staat hätte dann die wichtige Aufgabe, als Stützpunkt zwischen Frankreich und Deutschland zu stehen. Die Errichtung eines solchen Staates sei bei der besten Schutz für den Frieden, weil er — ohne Gewalt und ohne Feindschaft in Deutschland gegen Frankreich hervorzurufen — das militärische Preußen am schwersten treffen würde.

### Aber Deutschland hat auch über sein Schicksal und über die Rettung Europas viel nachgedacht; es will uns scheinen, daß viele französische Kreise auch einmal in aller Ruhe nachdenken dürften. Die Kräfte, die das Nachdenken und das Erkennen der tatsächlichen Möglichkeiten als vaterlandsfremdlich verurteilen, dürften heute in Frankreich härter sein als in Deutschland. Wir kennen diese Freiheit nur allzu gut; weil wir sie kennen, wissen wir, wie schädlich sie dem eigenen Volke und der Gesamtheit der Völker ist.

Wenn die Schläge, die Frankreich uns verhehen will, und durch die das französische Finanzproblem nicht gebessert, sondern verschärft wird, Frankreich zum Nachdenken führen, kann der Welt zur Verführung werden. Das ist unendlich erquickend wurde, ist nicht Deutschlands Schaden, auch dann wenn sich Frankreich und die Alliierten abfinden müssen, daß das deutsche Volk und jede deutsche Regierung trotz des Verfalls der Verträge, der nicht im Wege ethischer Verhandlungen zustande kam, nie innerlich befehen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Territoriale und finanzielle Opfer mag man einem Volke mit Gewalt auferlegen; Opfer der Seele und der Lebensfreude kann man nicht erzwingen, ist Barbara. Deswegen wird, wenn die Politik der Sanctionen sich als eitel erweisen hat, die Entente auch das böse Spiel ausgeben müssen, unsere Schuld zur Grundfrage irgendwelcher Forderungen zu machen.

### Die Kundgebung des Reichstags.

Dr. Simons und die Parteigenossen.

In einem Blatte, das immer alles besser weiß, wurde gestern Abend gesagt, daß in der von den Regierungsparteien verfaßten Tagesordnung „ein Vertrauensvotum nicht auszusprechen“ worden sei. Nun, es heißt in der Erklärung, mit der Herr Simons im Namen der verurteilten Parteien die Tagesordnung begleitete: „zu jeder ethischen Verhandlung bereit, der Gewalt und dem Rechtsbruch aber trotz dem Bewußtsein unseres guten Willens, zu werden wir die Regierung unterstützen, von der wir nach ihrer Erklärung überzeugt sind, daß sie im Sinne der vorkommenden Gedanken die Rechte des deutschen Volkes wahren wird.“ Diese Worte machen Sinn und Bedeutung der Tagesordnung wohl klar genug. Wenn Parteien die Rechte der Regierung Unterstützung zulegen, so sprechen sie damit dieser Regierung ihr Vertrauen aus. Das mag Zeiten unangenehm sein, die während der Tage von Versailles gläubig und mit voller Unerfahrenheit jeden Befehl aus den Entente-Ländern anhörend, durch die Versicherung, es wird unterstützt werden, alle Verhandlungsaussichten verbarbar und sehr wiederum unermüdlich im Vertrauen der Welt eine Spur von politischem Verständnis nicht aus Gütigkeit oder — wie ein Teil der defunktionalen Presse aus erbärmlicher, gewissenloser Begier Verwirrung zu stiften sucht, wird es mit Beherrschung aufnehmen, daß der Reichstag sich gestern hinter Dr. Simons gestellt hat, und wird nicht den Eindruck dieser Tatsache abschwächen wollen.

### Start bleiben!

Dr. Ludwig Haas (Ratshube), Mitglied des Reichstags.

Die Verlegenheit, die bei der Entente über die Londoner Note und die „Sanctionen“ entstanden ist, tritt deutlich in Erscheinung. Man hätte sich aber, über diese Verlegenheit keine Freude zu empfinden. Verlegenheit, das Bedürfnis einer fatalen Lage sich begreifen zu haben, führt allzu zu einer Politik weiterer Kompromisse. Wir müssen einer Fortsetzung der Politik der Sanctionen rechnen; wir müssen uns ganz nächsten Vermehrten Bruchfällen gefaßt machen. Die englischen und französischen Staatsmänner werden die leicht bereit sein, falsche Stellungen zu räumen und zum Zug zu blauen. Die Neigung, mit Gewalt den gordischen Knoten zu zerhacken, mit einer Taktik großer Gesten die festere Politik zu vermeiden, wird zweifellos wachsend sein. Ich sehe das deutsche Volk, die anderen zur Illegitimität zu bewegen; das deutsche Volk hat trotz seiner Unfähigkeit sein Schicksal selbst in der Hand. Ich sehe, wie viel es jetzt mit Stärke und Geduld zu erreichen; Schwäche und Kleinmut ist alles zu verlieren! Ich sehe Probleme zu lösen, die mit Gewalt nicht gelöst werden können. Mit Bajonetten und Kanonen kann man uns quälen; aber man kann mit Worten und Kanonen die europäische Weltwirtschaft nicht in Ordnung bringen. Das französische Geldbedürfnis nicht befriedigen. Ich sehe, wie viel es jetzt mit Stärke und Geduld zu erreichen; Schwäche und Kleinmut ist alles zu verlieren! Ich sehe Probleme zu lösen, die mit Gewalt nicht gelöst werden können. Mit Bajonetten und Kanonen kann man uns quälen; aber man kann mit Worten und Kanonen die europäische Weltwirtschaft nicht in Ordnung bringen. Das französische Geldbedürfnis nicht befriedigen.

### Die Kundgebung des Reichstags.

Dr. Simons und die Parteigenossen.

In einem Blatte, das immer alles besser weiß, wurde gestern Abend gesagt, daß in der von den Regierungsparteien verfaßten Tagesordnung „ein Vertrauensvotum nicht auszusprechen“ worden sei. Nun, es heißt in der Erklärung, mit der Herr Simons im Namen der verurteilten Parteien die Tagesordnung begleitete: „zu jeder ethischen Verhandlung bereit, der Gewalt und dem Rechtsbruch aber trotz dem Bewußtsein unseres guten Willens, zu werden wir die Regierung unterstützen, von der wir nach ihrer Erklärung überzeugt sind, daß sie im Sinne der vorkommenden Gedanken die Rechte des deutschen Volkes wahren wird.“ Diese Worte machen Sinn und Bedeutung der Tagesordnung wohl klar genug. Wenn Parteien die Rechte der Regierung Unterstützung zulegen, so sprechen sie damit dieser Regierung ihr Vertrauen aus. Das mag Zeiten unangenehm sein, die während der Tage von Versailles gläubig und mit voller Unerfahrenheit jeden Befehl aus den Entente-Ländern anhörend, durch die Versicherung, es wird unterstützt werden, alle Verhandlungsaussichten verbarbar und sehr wiederum unermüdlich im Vertrauen der Welt eine Spur von politischem Verständnis nicht aus Gütigkeit oder — wie ein Teil der defunktionalen Presse aus erbärmlicher, gewissenloser Begier Verwirrung zu stiften sucht, wird es mit Beherrschung aufnehmen, daß der Reichstag sich gestern hinter Dr. Simons gestellt hat, und wird nicht den Eindruck dieser Tatsache abschwächen wollen.

### Die Kundgebung des Reichstags.

Dr. Simons und die Parteigenossen.

In einem Blatte, das immer alles besser weiß, wurde gestern Abend gesagt, daß in der von den Regierungsparteien verfaßten Tagesordnung „ein Vertrauensvotum nicht auszusprechen“ worden sei. Nun, es heißt in der Erklärung, mit der Herr Simons im Namen der verurteilten Parteien die Tagesordnung begleitete: „zu jeder ethischen Verhandlung bereit, der Gewalt und dem Rechtsbruch aber trotz dem Bewußtsein unseres guten Willens, zu werden wir die Regierung unterstützen, von der wir nach ihrer Erklärung überzeugt sind, daß sie im Sinne der vorkommenden Gedanken die Rechte des deutschen Volkes wahren wird.“ Diese Worte machen Sinn und Bedeutung der Tagesordnung wohl klar genug. Wenn Parteien die Rechte der Regierung Unterstützung zulegen, so sprechen sie damit dieser Regierung ihr Vertrauen aus. Das mag Zeiten unangenehm sein, die während der Tage von Versailles gläubig und mit voller Unerfahrenheit jeden Befehl aus den Entente-Ländern anhörend, durch die Versicherung, es wird unterstützt werden, alle Verhandlungsaussichten verbarbar und sehr wiederum unermüdlich im Vertrauen der Welt eine Spur von politischem Verständnis nicht aus Gütigkeit oder — wie ein Teil der defunktionalen Presse aus erbärmlicher, gewissenloser Begier Verwirrung zu stiften sucht, wird es mit Beherrschung aufnehmen, daß der Reichstag sich gestern hinter Dr. Simons gestellt hat, und wird nicht den Eindruck dieser Tatsache abschwächen wollen.